

Worum es geht

Grundsätzliches und tagesaktuelle Fragen standen zur Debatte

Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze eröffnete die Versammlung mit einem Beitrag darüber, was sich im dritten Jahrtausend als Bildung präsentiert. Weit entfernt von den klassischen Bildungsidealen, bei denen es dem Anspruch nach immerhin um das Wahre, Gute und Schöne gehen sollte, um nicht weniger als den Menschen ‚an sich‘, verkommt Bildung gegenwärtig zu Abrufbarem auf Knopfdruck. Abrufbares, das von den Kultusministerien unter dem Label ‚zu erreichende Bildungsstandards‘ vorgegeben wird, wobei die Geburt dieser Standards ihren Ursprung in den Festschreibungen der *Organisation for Economic Cooperation and Development*, kurz OECD, erfahren hat. OECD ist der internationale Zusammenschluss der politisch tonangebenden Länder

zwecks besserer wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung. Ihr Charakter drückt sich aus in ihrer Bezeichnung: das ‚E‘ steht schließlich für ‚economic‘. Und so wird ganz ohne Scheu ein Bildungsziel genannt, mit dem unsere Kultusminister d’accord zu sein scheinen, eines, das den Menschen auf das reduziert, wozu er im real existierenden Kapitalismus dienen soll: als *well functioning adults*, so heißt es dort – als gut funktionierende Erwachsene also! „Die OECD“, so unsere Vorsitzende, „hat in ihrem Bildungsplan 2030 keinen Platz für Menschen- und Arbeiterrechte! Wir dagegen sehen uns diesen Rechten gegenüber verpflichtet. Und resümierend hielt sie fest: „Menschen- und Arbeiterrechte zu sichern – damit muss Bildung weiter gedacht werden!“

Dass dies in der Behörde nur unzureichend geschehe, konkretisierte Anja anhand der zahlreichen Direktiven, die von der Behörde ausgingen und in der Mehrzahl der Fälle den Schulalltag erschwerten. Die Schulen würden durch Schulinspektion und so genanntes Bildungsmonitoring mit Tests und Beurteilungen überzogen, deren Sinn nur selten zutage trete. Tausende Seiten Papier würden produziert, Papiertiger, die in der Mehrzahl der Fälle wohl kaum die Adressaten erreichten. Und wenn dies geschehe, dann stünden die Chancen auf Veränderung schlecht, weil die finanzielle Ausstattung, aber mehr noch die strukturellen Defizite einer auf soziale Spaltung ausgerichteten Schulstruktur dies verunmöglichten.

Geld ist da

Hieran schloss unser stellvertretender Vorsitzende Fredrik Dehnerdt an, indem er die Bildungsfinanzierung in Deutschland vor dem Hintergrund wachsender Steuereinnahmen, wie sie einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gegenwärtig zu beobachten seien, einmal mehr als skandalös brandmarkte. Als eines der reichsten Länder der Welt sei Deutschland, was die Ausgaben für Bildung pro Kopf angehe, nach wie vor nur Mittelmaß. Geld sei natürlich nicht alles, aber ohne Geld sei alles nichts, so der Tenor. Konkret heiße dies, so Fredrik resümierend: „Der Widerspruch zwischen Erwartungen und Ausstattung schlägt sich nieder in einem erhöhten Arbeitsdruck für die Pädagoginnen und Pädagogen.“

Dies zeige sich in der von der GEW durchgeführten online-Umfrage zur Belastung der Kolleg_innen durch die Inklusion besonders deutlich, so unser Zweiter stellvertretender Vorsitzende Sven Quiring. Die von der Politik überstürzte Einführung der Inklusion habe nicht nur zu



Fotos: hlz

Frauke Gützkow vom Bundesvorstand stellt die Kampagne „JA13“ vor, deren Ziel es ist, den Kultusminister_innen bei ihren Verhandlungen mit den Finanzminister_innen den Rücken zu stärken

Chaos und Unübersichtlichkeiten geführt, sondern stelle die Kolleg_innen an den Stadtteilschulen vor zum Teil unüberwindbare Hindernisse. Insofern sei die von der GEW von Anfang gestellte Forderung nach massiv besserer Personalausstattung – er beharrte auf dem von uns geforderten Mehr von 550 Stellen – mehr als überfällig. (Zu den Ergebnissen der online-Befragung im Einzelnen s. S. 24.)

Solidarität

Von gänzlich anderen Problemen berichtete die nach Deutschland geflüchtete Generalsekretärin unserer Partnergewerkschaft in der Türkei, Saki-ne Esin Yılmaz. Die von vielen Jahren Haft Bedrohte schilderte, wie die türkische Regierung gegen alle anders Denkenden mit aller Härte vorgehe (s. unser Interview auf S. 14). Sie appellierte an die Delegierten, alle Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um dieses Unrecht zu geißeln, um auf diese Weise einen Beitrag zum Zustandekommen einer breiten Solidaritätsbewegung zu leisten.

JA13

Im Anschluss daran konnten die Delegierten von Frauke Gützkow vom Bundesvorstand der GEW hören, weshalb es nicht nur von der Sache her geboten sei, Grundschullehrkräfte mit A13 zu besolden, sondern auch, warum es rechtlich gute Chancen auf einen Erfolg der Klage vor dem Bundesarbeitsgericht gebe. Es müsste schon mit sehr *un*rechten Dingen zugehen, wenn die Richter sich nicht davon überzeugen ließen, dass die Grundschullehrkräfte mittlerweile längst dieselben Eingangsvoraussetzungen für den Höheren Dienst mitbrächten, sprich abgeschlossenes Hochschulstudium plus Referendariat, wie ihre Kolleg_innen in anderen Schulstufen. Von der Gleichwertigkeit ihrer Tätigkeit als solcher



Die Buddies Nele Haelbich, Robert Hübner und der aus Ghana geflüchtete Kolani Lari können von einem erfolgreichen Projekt berichten

mal ganz abgesehen.

In der anschließenden Aussprache zum Thema ‚Gleiche Bezahlung‘ wurde darauf hingewiesen, dass wir in Hamburg seit den 1970er Jahren für eine lange Zeit eine nahezu einheitliche Lehrer_innenbesoldung hatten, sprich A13 für alle. Dies war seinerzeit mit der Behörde durch folgenden Deal zustande gekommen: Man verzichtete dafür auf einen Teil der A14-Stellen für Gymnasial- und Berufsschullehrkräfte. Als der Senat die einheitliche Besoldung in den 1990er Jahren wieder zurücknahm, beließ er es allerdings bei dem schlechteren Stellenkegel. Auf diese Weise wurde auf unsere Kosten gespart. Aber schlimmer wiegt die Tatsache, dass nun durch die unterschiedlichen Besoldungsstufen der Wettbewerb Einzug in die Kollegien hielt und Neid und Missgunst unter den Kolleg_innen Tür und Tor geöffnet wurde. Dass dies nicht selten einer gedeihlichen Atmosphäre, Voraussetzung für ein solidarisches Miteinander, im Wege steht, liegt auf der Hand.

Buddy steht auch für Solidarität

Nicht im Wege stehen, son-

dern Hindernisse ausräumen – davon konnten die Initiatoren des ‚buddy‘-Programms berichten. Ihnen ist nämlich gelungen, wovon häufig sonst nur schwadroniert wird im Sinne von: Man müsste eigentlich...: Mittlerweile hat diese Initiative bewirkt, dass zahlreiche Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern bereits in Bildungseinrichtungen tätig waren, bei uns in den Schulen hospitieren und in Einzelfällen auch schon mal die eine oder andere Stunde abhalten dürfen. Für die Schüler_innen, so die Berichtenden, eine tolle Abwechslung; für die Hospitierenden eine ganz wichtige Erfahrung, wie uns Kolani Lari aus Ghana anschaulich schilderte.

Wahlen

Die Zeit war weit fortgeschritten und so musste das Präsidium darauf drängen, die Wahl der Delegierten für den im Mai 2017 in Freiburg stattfindenden Bundesgewerkschaftstag durchzuführen. Deswegen konnten Anträge nicht mehr zur Abstimmung kommen, die somit laut Satzung an den Landesvorstand zur Entscheidung delegiert werden.

Es gab 26 Bewerber_innen bei 16 zu vergebenden Plätzen.



Sakine Esen Yilmaz und ihr Dolmetscher Süleyman Ateş auf dem Gewerkschaftstag, auf dem sie für diejenigen in der Türkei, die für die Demokratie, Menschenrechte und Freiheit kämpfen, zur Solidarität auffordern

Dies spornte die Kandidat_innen an, sich zu ihrer Bewerbung zu äußern. Unser Geschäftsführer

Dirk Mescher musste im Vorfeld der Wahl allerdings die Regularien abstimmen lassen. Es ging darum, ob die mit den meisten Stimmen die 16 Plätze besetzen oder ob die Plätze so verteilt werden sollen, dass bestimmte Gruppen in jedem Fall berücksichtigt werden. Man entschied sich für Letzteres, was auch Unmut auslöste.

Schöne neue Arbeitswelt

Der entscheidende inhaltliche Antrag konnte dennoch diskutiert und abgestimmt werden. Mit viel Verve und Sachverstand begründete Roland Kasprzak seinen Antrag zur ‚Digitalen Kommunikation und (Schul) Verwaltung‘, der gleichzeitig – so ebenfalls im Antrag vorgesehen – als vom Landesverband Hamburg auf dem Bundesgewerkschaftstag einzubringender Antrag anzusehen sei.

Roland konnte den Delegierten die Dimension dessen klarmachen, wie sehr die Benutzung der digitalen Arbeitsmittel im Schulalltag sich in einer rechtlichen Grauzone bewegt, die jederzeit zu einer Falle für die Kol-

leg_innen werden kann. Darüber hinaus sei es längst überfällig, Regelungen in den Arbeitsalltag einzuführen, die das Problem der ständigen Arbeitsbereitschaft, die durch die neuen Medien möglich geworden ist, lösen.

Bedenken dagegen äußerte die Kollegin Anja Frotscher: sie warnte davor, sich ein Korsett anzulegen, das die Möglichkeiten des Einsatzes digitaler Arbeitsgeräte erschwere. Der alltägliche Umgang mit diesen Geräten sei so weit fortgeschritten, dass die Kolleg_innen sehr sensibel auf mögliche Erschwernisse im Alltag reagieren würden. Wenn der Eindruck entstehe, dass die Gewerkschaften hier die Bremser seien, könne dies durchaus negativ für diese zu Buche schlagen.

Dagegen stimmte so manche_r Delegierte, obwohl sich selbst als ‚digital native‘ betrachtend, Roland zu, auch wenn man hierfür möglicher Weise einen Preis zu zahlen habe.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Diskussion darüber ist damit aber nicht abgeschlossen, was die hlz veranlasste, den Einsatz digitaler Arbeitsmittel im Schulalltag zum Titelthema dieser Ausgabe zu machen. (s. S. 30)

JOACHIM GEFFERS



Die Delegierte Anja Frotscher warnte vor Erschwernissen, die wir uns selbst auferlegen könnten

Gewählt wurden:

Leitungsteam Referat D
(Aus- und Fortbildung
von Lehrenden)
Luise Günther
Kerrin Kamzela

Leiter Referat F
(Gewerkschaftliche
Bildungsarbeit)
Roland Stolze